

Wie die Courage-Gruppe Gelsenkirchen um das Bleiberecht von zwei ihrer Courage-Frauen und deren Familien kämpft.

Ein Bericht von Adelheid Gruber

Die NRW-Landesregierung brüstete sich schon unter der SPD-Ministerpräsidentin Kraft damit, dass sie führend in der Abschiebestatistik ist – ein erbärmlicher Rekord! Das fordert den Widerstand heraus und so rief ein breites Bündnis am 10. Juli zu einer Demonstration in Gelsenkirchen auf. Courage vertiefte die Auseinandersetzung tags darauf mit einer gelungenen Veranstaltung.

Betroffen hörten die Besucher die Berichte von Geflüchteten: eines jugendlichen Flüchtlings aus Guinea und seiner lebensgefährlichen Flucht im Schlauchboot übers Mittelmeer, einer albanischen Familie mit einer schwerstbehinderten Tochter, die vom Hungertod bedroht war oder einer jungen Mutter aus Syrien, die ihre Familie nicht nachholen darf, weil sie nur subsidiären Schutz für ein Jahr erhalten hat und jeden Tag um das Leben ihrer Kinder bangen muss. Ein junger Kosovare erinnerte an die Fluchtgeschichte seiner Eltern und seine ersten schwierigen Jahre in Deutschland mit Duldungen und Abschiebedrohung und seine persönliche Konsequenz daraus, nämlich sich heute selbst für Geflüchtete stark zu machen. Gemeinsam diskutieren Courage-Frauen, GewerkschafterInnen, ehren- und hauptamtliche Flüchtlingsberaterinnen sowie Geflüchtete über eine grundsätzliche Kritik an der Flüchtlingspolitik der Regierung, tauschten sich aus über ihre Erfahrungen und entwickelten Ideen, wie der Kampf ausgeweitet werden kann zu einer breiten gesellschaftlichen Bewegung. Es geht nicht nur darum, einzelne Abschiebungen zu verhindern, sondern die unmenschlichen Ausländergesetze insgesamt zu bekämpfen, dabei blieben die Verursacher dieser menschlichen Katastrophen nicht unerwähnt.

Hatte Deutschland nach 1949 unter dem Eindruck der eigenen leidvollen Geschichte noch ein sehr fortschrittliches Asylgesetz, so wurde dies nach und nach ausgehöhlt und durch immer reaktionärere Ausländergesetze ersetzt. Die Erfahrungen der Betroffenen machten deutlich: „*Sichere Herkunftsländer*“

bieten eben gerade oft keine Lebensperspektive, kein Mensch verlässt seine Heimat ohne allergrößte Not! Genauso wichtig wie die Solidarität mit den Geflüchteten ist ihr Zusammenhalt untereinander sowie der Zusammenschluss mit den Unterdrückten und Benachteiligten der Mehrheitsbevölkerung unserer Stadt. Dazu soll auch eine gemeinsame Busfahrt zu markanten Stationen in Gelsenkirchen beitragen: zu den Zechen, die geschlossen wurden und Tausende Bergleute zu Arbeitslosen machten. Zu den Orten der Giftmüll-Einlagerungen, die das Trinkwasser und damit das Leben bedrohen. Durch Telefonketten sollen die Familien unterstützt werden, die Nacht für Nacht vor Abschiebung zittern. Für die weitere Öffentlichkeitsarbeit soll die landesweite Vernetzung ebenso intensiviert werden, wie die Zusammenarbeit mit anderen Akteuren in der Stadt: warum zum Beispiel nicht einmal mit den Betroffenen bei einem Gottesdienst in der Kirche auftreten? Sicher gibt es Geistliche, die dieser Idee gegenüber aufgeschlossen sind. Wir müssen uns stärken im Gegenwind: nach Hamburg wird verstärkt versucht, jede Rebellion gegen die Herrschenden als „Linksterrorismus“ zu verunglimpfen. Dadurch dürfen wir uns nicht von unserer Solidarität abhalten lassen“!